



STADT BECKUM

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses**

**im Ständesaal des Ständehauses, Weststraße 57,
59269 Beckum
am 03.04.2008**

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.03.2008
- öffentlicher Teil -
3. Bericht des Bürgermeisters
 - 3.1. Bestellung einer Schriftführerin für Etatberatungen
Vorlage: 2008/0056
 - 3.2. Erteilung von Dienstreisegenehmigungen zur Teilnahme am Stadtfest in Grodków
Vorlage: 2008/0054
4. Haushaltssatzung 2008 sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für
die Jahre 2007 - 2011
Vorlage: 2008/0042/1
5. Anfragen

Anwesenheitsliste:

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann

CDU-Fraktion

Herr Werner Knepper

Herr Stefan König

Herr Joachim Mücke

Herr Thomas Reinkemeier

Herr Bernard Schnell

Herr Lothar Stumpenhorst

Herr Heinz-Josef Wiedeking

Vertretung für Herrn Christoph Pundt

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rudolf Grothues

Frau Birgit Harrendorf-Vorländer

ab 09:15 Uhr, Tagesordnungspunkt 3
öffentlicher Teil

Frau Sigrid Himmel

Herr Karsten Koch

Herr Albert Pott

Vertretung für Herrn Peter Tripmaker

FWG-Fraktion

Frau Eva Maria Gerke

Herr Gregor Stöppel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Frau Elisabeth Wieschebrink

Verwaltung

Herr Holger Klaes

Frau Barbara Urch-Sengen

Herr Karl Vanheiden

Frau Nicole Knies

Herr Rudolf Meyer

Frau Mechthild Cappenberg

Herr Heiko Deichmann

Herr Klaus Fernkorn

Herr Wolfgang Meier

Frau Sandra Krogbeumker

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

bis 14:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Schriftführerin für Etatberatungen, bis 14:45 Uhr,
Ende öffentlicher Teil

Herr Karsten Vehrenkemper

Schriftführer

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr

Unterbrechungen: 12:30 bis 14:30 Uhr

14:05 bis 14:24 Uhr

Ende der Sitzung: 15:00 Uhr

Protokoll:

Bürgermeister Dr. Strothmann eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Anfragen wurden nicht gestellt.

2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.03.2008 - öffentlicher Teil -

Ratsmitglied Pott nahm Bezug auf die unter Tagesordnungspunkt 6. protokollierte Anfrage zu den Personalausgaben im Bereich Jugend und Soziales. Hierzu habe er wissen wollen, warum in den letzten zwei Jahren eine Senkung zu verzeichnen gewesen sei. Nach einer Erhöhung habe er nicht gefragt.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, die Frage werde aufgegriffen.

Weitere Einwendungen wurden nicht erhoben.

3. Bericht des Bürgermeisters

a) Aktion „Beckum putzt sich raus“ am 05.04.2008

Bürgermeister Dr. Strothmann wies auf die Aktion am kommenden Samstag hin und bat um rege Teilnahme.

b) Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2008 – Rückzahlung der zuviel gezahlten Beiträge Finanzierung der Deutschen Einheit –

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, die Abschlagszahlung an alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen betrage insgesamt 650 Mio. €. Auf Beckum würden hiervon rund 1.404.700 € entfallen. Von diesem Betrag würden auf die Schlüsselzuweisungen rund 1.199.000 € und die Investitionspauschale rund 205.700 € entfallen. Diese Beträge seien bereits in der vorgelegten zweiten Änderungsliste enthalten. Bereits in der ersten Änderungsliste seien 1.062.100 € zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes veranschlagt worden. Hierdurch sei die im Haushaltsplanentwurf 2008 veranschlagte Rücklagenentnahme für den Verwaltungshaushalt entbehrlich und ein strukturell ausgeglichener Verwaltungshaushalt erreicht worden.

Die CDU-Fraktion beabsichtige eine weitergehende Sanierung der Schulgebäude. Hierzu führte Bürgermeister Dr. Strothmann aus, dass für das Haushaltsjahr 2008 für Sanierungen, Umbaumaßnahmen und Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens im Schulbereich insgesamt rund 1.751.000 € veranschlagt worden seien. Davon würden auf den Verwaltungshaushalt rund 561.200 € und den Vermögenshaushalt rund 1.190.000 € entfallen. Da die Landeszuweisung Schulpauschale lediglich rund 985.000 € betrage, würden rund 765.000 € aus dem

städtischen Haushalt finanziert. Die Schulpauschale werde seit dem Haushaltsjahr 2002 gewährt und sei bis einschließlich 2007 in voller Höhe im Schulbereich investiert worden. Die Verrechnung künftiger Schulpauschalen mit bereits getätigten Ausgaben sei möglich und werde seitens der Verwaltung sichergestellt.

Den Vorschlag der CDU-Fraktion, für eine Sanierung des Bahnhofes in Neubeckum eine angemessene Mitfinanzierung sicherzustellen, habe die Verwaltung mit der ersten Änderungsliste umgesetzt. Hierin sei ein Betrag von 250.000 € für die Bahnhofssanierung vorgesehen.

Der verbleibende Restbetrag solle zur Entschuldung eingesetzt werden. Bürgermeister Dr. Strothmann erläuterte, dass durch die Reduzierung des Kreditbedarfs und die planmäßige Tilgung eine Entschuldung von rund 2.059.000 € eingeplant sei. Um diesen Betrag übersteige die planmäßige Tilgung die vorgesehene Kreditaufnahme von rund 938.000 €.

Des Weiteren seien im Haushaltsplanentwurf 2008 für Umschuldungen auf der Einnahmen- sowie auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushaltes 3.032.200 € veranschlagt. Hierbei handele es sich um zwei Kredite, deren Zinsbindung zum 30.09.2008 auslaufe. Die Darlehen seien momentan mit 4,75 bzw. 6,515 % verzinst. Um seinerzeit das relativ niedrige Zinsniveau zu sichern, seien bereits im Juli 2007 Forwarddarlehen abgeschlossen worden. Die Zinsen würden ab dem 01.10.2008 nun 4,788 bzw. 4,76 % betragen. Aufgrund der bereits abgeschlossenen Forwarddarlehen komme eine vorzeitige Rückzahlung der aufgenommenen Kredite zum 30.09.2008 nicht mehr in Betracht.

c) Antrag der CDU-Fraktion vom 12.01.2008 – Zinsmanagement –

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, die CDU-Fraktion habe in Bezug auf die aktuelle Situation beim Zinsmanagement drei Fragen gestellt:

1. Laufen aktuelle Kontrakte – Zinsderivatgeschäfte – und wie ist ggf. hierzu die aktuelle Risikoeinschätzung?

Hierzu erklärte Bürgermeister Dr. Strothmann, dass im Jahre 2004 bei einem Darlehen mit einem Nominalbetrag von 1,82 Mio. EUR ein Zinssicherungsgeschäft auf der Grundlage eines Doppelswaps auf variabler Basis abgeschlossen worden sei. Das Darlehen sei bis zum Zinsbindungstermin 30.03.2006 mit einem Zinssatz von 6,46 % verzinst gewesen. Mit der Bank sei ab dem 16.08.2004 ein variabler, alle drei Monate neu festzusetzender Zinssatz, der sich aus dem 3-Monats-Euribor und einem Zuschlag von 2,17 % zusammensetze, vereinbart worden. Der festgelegte Zinskorridor liege dabei zwischen 4,17 % und 5,17 %. In der 1. Phase vom 16.08.2004 bis zum 30.03.2006 habe die Stadt die Differenz zwischen den ursprünglichen 6,46 % und den neu vereinbarten Zinssatz von der Bank erhalten, und zwar insgesamt 59.751,55 €. Die Beträge seien bei der Haushaltsstelle „Einnahmen aus dem Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten“ verbucht worden. In der zweiten Phase vom 31.03.2006 bis zum 30.03.2016 zahlt die Stadt den vereinbarten Zuschlag von 2,17 %, soweit dieser zusammen mit dem 3-Monats-Euribor nicht über den nach oben begrenzten Gesamtzinssatz über 5,17 % hinausgeht, an die Bank. Ein dementsprechendes höheres Risiko besteht aufgrund der begrenzten Zinshöhe nicht. Bis zum 31.03.2008 wurden von der Stadt insgesamt 46.848,96 € an die Bank gezahlt. Aufgrund der Risikoeinschätzung greife die Verwaltung zur Sicherung des niedrigen Zinsniveaus derzeit auf das Instrument des Forwarddarlehens zurück.

2. Das Vertragsverhältnis mit der Commerzbank ruht derzeit. Wie gedenkt die Verwaltung diesbezüglich weiter zu verfahren?

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, nach dem Beschluss des Rates vom 27.04.2004 sei der Commerzbank AG Dortmund am 03.05.2004 der Auftrag für ein Beratungsmandat für das städtische Schuldenmanagement erteilt worden. Der Vertrag habe am 31.12.2005 geendet. Jedoch sei eine Verlängerungsoption zum Festpreis von jährlich 5.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer Vertragsbestandteil. Die Inanspruchnahme der Option müsse der Commerzbank jeweils bis zum 30.09. für das Folgejahr mitgeteilt werden. Für die Jahre 2006 und 2008 sei die Option nicht in Anspruch genommen worden. Im Jahr 2007 sei eine Beratung erfolgt. Die Entscheidung für das Jahr 2009 werde bis zum 30.09.2008 getroffen.

3. Welche Zinsfälligkeiten stehen mit welchen Einzelkreditbeträgen bis Ende 2010 an? Ist der Abschluss von Forwardvereinbarungen vorgesehen?

Bürgermeister Dr. Strothmann erläuterte, dass bis zum Jahre 2010 die Zinsbindungsfristen für folgende Darlehenssummen enden würden:

- in 2008 für 3.032.197,36 €
- in 2009 für 6.228.897,25 €
- in 2010 für 9.110.232,83 €

Um das zum damaligen Zeitpunkt bestehende relativ niedrige Zinsniveau zu sichern, seien am 03.07.2007 für die Darlehen, bei denen die Zinsbindungsfrist im Jahre 2008 endet, Forwarddarlehensverträge abgeschlossen worden. Inwieweit auch für die Darlehen, in denen die Zinsbindungsfrist in den Jahren 2009 und 2010 ende ebenfalls Forwarddarlehen vereinbart würden, hänge von der Zinsentwicklung ab. Der Zinsmarkt werde zu diesem Zweck laufend von der Verwaltung beobachtet.

d) Antrag der FWG-Fraktion vom 20.03.2008 – Sachstandsbericht zu verschiedenen Themen –

1. Stadtentwicklungskonzept „Beckum 2020“

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, das neu zu erstellende Stadtentwicklungskonzept für Beckum solle Einzelplanungen aus allen für die Stadtentwicklungen relevanten Bereichen zu einem integrierten Handlungskonzept zusammenfassen. Es werde den Handlungsrahmen der Stadtentwicklung bis zum Jahr 2020 darstellen und somit auch der Politik bei zukünftigen Entscheidungen als Leitfaden dienen.

Im Januar 2008 habe der Fachdienst Wirtschaftsförderung und Flächenmanagement damit begonnen, sich intensiv mit dem Thema Stadtentwicklungskonzept „Beckum 2020“ auseinander zu setzen. Nach der Ausarbeitung der Struktur seien mit Schreiben vom 13.02.2008 seien alle Fachdienste aufgefordert worden, Beiträge für die innerhalb ihrer Bereiche im Hinblick auf die Stadtentwicklung relevanten Handlungsfelder zu erarbeiten. Hierin sollten die Ausgangslage beschrieben und Ziele sowie Maßnahmen zur Zielerreichung formuliert werden. Als Basisinformation sei den Fachdiensten die Struktur des Stadtentwicklungskonzeptes sowie Informationen über die demografische Entwicklung Beckums zur Verfügung gestellt worden. Frist für

die Abgabe dieser Berichte sei der 31.03.2008 gewesen. Bis zum heutigen Tage würden lediglich Berichte aus zwei Bereichen vorliegen. Mit den anderen Fachdiensten sei aus Kapazitätsgründen eine Verlängerung der Abgabefrist bis zum 18.04.2008 vereinbart worden.

Parallel dazu arbeite der Fachdienst Wirtschaftsförderung und Flächenmanagement daran, statistisches Datenmaterial zu sammeln und aufzubereiten sowie die Kapitel 1 „Demografie“ und Kapitel 2 „Wirtschaft“ mit ihren jeweiligen Unterkapiteln inhaltlich zu bearbeiten. Nach Vorliegen der Beiträge der einzelnen Fachdienste würden diese zusammengeführt und aufbereitet. Darüber hinaus würden – sofern nicht schon durch die Fachdienste erledigt – bestehende Gutachten und Pläne eingearbeitet [u. a. Freizeit- und Tourismuskonzept, Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt, Einzelhandelsgutachten, Regionalplan (Gebietsentwicklungsplan), Gesamtrekultivierungsplan, Befragung 60+, Altenhilfekonzept und Parkraumkonzept].

Dieser Vorentwurf solle dann als Grundlage für die Diskussion im politischen Raum dienen. Im Rahmen dieser Diskussion werde dann die weitere Ausrichtung und Schwerpunktsetzung für die endgültige Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes „Beckum 2020“ erfolgen. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch darüber zu entscheiden, ob und wenn ja wie umfangreich die Beckumer Bürgerinnen und Bürger in die Erstellung des Konzeptes eingebunden werden sollen. Ziel sei es, das Stadtentwicklungskonzept „Beckum 2020“ bis zum Ende des Jahres 2008 fertig zu stellen.

2. Umstellung auf das NKF zum 01.01.2009

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, dass der Einführungsprozess seit geraumer Zeit mit Hochdruck vorangetrieben werde. Über die vielfältigen Arbeiten werde an dieser Stelle nur beispielhaft berichtet.

Die Erfassung des Sachanlagevermögens (z.B. Straßen, Kanäle, Grundstücke, Gebäude) sei weitestgehend abgeschlossen. Die Bewertung sei jedoch noch auf den Bilanzstichtag 01.01.2009 anhand der Preisindizes vom November 2008 anzupassen. Auch die Ermittlung und Zuordnung der Sonderposten zu den Vermögensgegenständen befinde sich noch in Bearbeitung.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung sei vollständig erfasst und bewertet worden. In diesem Bereich würden bereits die Zu- und Abgänge sowie Standortverlagerungen für die Zeit nach der Erstinventur (01.01.2006) bis zum Eröffnungsbilanzstichtag (01.01.2009) erfasst. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass ab Oktober 2008 die nächste Inventur durchzuführen sei. Eine Inventur müsse nach Gemeindehaushaltsverordnung alle drei Jahre durchgeführt werden.

Die Ermittlung der Werte der Finanzanlagen, hier insbesondere der städtischen Beteiligungen, sei momentan ebenfalls in Arbeit.

Die für die Ermittlung und Bewertung der Bilanzwerte gewählten Vorgehensweisen bzw. Berechnungsgrundlagen würden bereits vor Erstellung der Eröffnungsbilanz durch die Firma Curacon aus Münster überprüft. Durch diese Vorgehensweise sollten unnötige Korrekturen bei der Erstellung der

Eröffnungsbilanz vermieden sowie eine spätere problemlose überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt gewährleistet werden.

Die aus den Vermögenswerten resultierenden Abschreibungen und ertragswirksamen Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen würden bis zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2009 im Entwurf vorliegen. Die für die Haushaltsplanung notwendigen Vorbereitungen würden momentan ebenfalls getroffen. Softwaretechnisch werde eine neue Version der H&H Software für den Echteinsatz getestet. Mit dieser Version werde das Programm strukturell so verändert, dass die bisherigen vier Teilmodule zu einem Programm zusammengefasst werden. Hierdurch werde eine Verbesserung beim Pflegeaufwand erreicht und für den Echteinsatz eine wesentliche Weiterentwicklung der „Doppischen Funktionen“ zur Verfügung stehen.

Die Überleitung der bisherigen Haushaltsstellen zu den doppischen Konten sei nahezu abgeschlossen. Die neuen doppischen Konten müssten jedoch noch mit verschiedenen Merkmalen, wie z.B. zuständiger Fachdienst, anordnungsbefugter Fachdienst, Budgetzuordnung und statistischen Merkmalen versehen werden. Dies werde bei der Vielzahl der neuen Konten noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Bisher seien rund 2.500 Haushaltsstellen verwaltet worden. Zukünftig müssten rund 7.500 Konten bedient werden. Es sei beabsichtigt, Mitte August 2008 die vorbereitenden Schulungen für die Fachdienste durchzuführen um direkt anschließend mit der Haushaltsplanung nach NKF-Systematik zu beginnen. Die Daten für die Ergebnisplanung sollten wie bisher dezentral von den Fachdiensten eingegeben werden. Die Finanzplanungsdaten würden anhand von Mittelanforderungsbögen über die Fachdienste dem Fachdienst Finanzen und Controlling mitgeteilt und dort zentral eingegeben. In diesem Bereich sei eine vorherige sachliche Prüfung der Zuordnung zu den Finanzplanungskonten erforderlich.

Die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes sei für Januar 2009 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt solle in einer gesonderten Sitzung eine umfassende Information der Ratsmitglieder über den städtischen NKF-Haushalt und die gesetzlichen Vorgaben zur NKF-Haushaltsplanung durchgeführt werden. Die Verabschiedung des ersten NKF-Haushaltsplanes der Stadt Beckum solle bis Ende April 2009 erfolgen. Die notwendigen Anpassungen wie beispielsweise von Dienstanweisungen und Buchungsbelegen würden zur Zeit erarbeitet. Die endgültige Fassung der Dienstanweisung werde dem Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Um die Fälligkeiten im Januar 2009 bedienen zu können, sollen die ersten doppischen Buchungen bereits im Dezember 2008 erfolgen.

3. Errichtung eines Industriekraftwerkes durch die CEMEX GmbH

Bürgermeister Dr. Strothmann berichtete, dass die Herhof GmbH, Betreiber des geplanten Industriekraftwerkes (IKW) am Standort Mersmann der Cemex GmbH, der Stadt Beckum am 28.03.2008 Unterlagen über den Genehmigungsantrag und die Umweltverträglichkeitsuntersuchung für die Antragskonferenz am 03.04.2008 übersandt habe. Hierin werde ein Zeitplan vorgeschlagen, der die Erteilung der Genehmigung bis zum 12.12.2008 vorsehe. Der Genehmigungsantrag solle aufgrund der momentanen Planung voraussichtlich Mitte April bei der Bezirksregierung Münster gestellt und bereits zu diesem Zeitpunkt auch der Stadt Beckum vorgelegt werden. Dies könne dann bereits zur Information der politischen Gremien und Vorbereitung der Einwohnerversammlung genutzt werden. Die Einwohnerversammlung ist nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensablauf in dem Zeitraum vom

02. bis zum 06.06.2008 vorgesehen. Daran werde sich die Behandlung in den politischen Gremien zur Entscheidung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens anschließen.

4. Fortführung der B 475

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, dass die geplante Fortführung der B 475 sich nach Auskunft des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen („Straßen NRW“) immer noch im sogenannten Linienbestimmungsverfahren befinde. Es werde die umweltverträglichste Straßenführung ermittelt. Parallel dazu würden die Umweltverträglichkeitsstudien durchgeführt. Nach der Festlegung der Trassenführung solle das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Ein genauer Zeitrahmen für den Ausbau könne momentan nicht genannt werden. Im Bereich des Möglichen sei ein Baubeginn im Jahre 2010.

3.1. **Bestellung einer Schriftführerin für Etatberatungen** **Vorlage: 2008/0056**

Beschlussvorschlag:

Frau Sandra Krogbeumker wird gemäß § 58 Absatz 2 in Verbindung mit § 52 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW als Schriftführerin für den Bereich „Etatberatungen“ bestellt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

3.2. **Erteilung von Dienstreisegenehmigungen zur Teilnahme am Stadtfest in Grodków** **Vorlage: 2008/0054**

Die Fraktionsvorsitzenden benannten nacheinander ihre Teilnehmer an der Dienstreise.

Beschlussvorschlag:

1. Einer Kostenbeteiligung wird zugestimmt.

2. Die Genehmigung der Dienstreise nach Grodków wird erteilt für:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| a) CDU-Fraktion | Ratsmitglied Reinkemeier |
| b) SPD-Fraktion | Ratsmitglied Koch und Ratsmitglied Sadlau |
| c) Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ | Ratsmitglied Linnemann |
| d) FWG-Fraktion | Frau Edith Ludwig |

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

4. Haushaltssatzung 2008 sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2007 - 2011
Vorlage: 2008/0042/1

Bürgermeister Dr. Strothmann trug die Ansatzveränderungen aus der in der Sitzung verteilten 3. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2008 für den Verwaltungshaushalt vor und erläuterte diese. Anschließend trug er die Änderungen für den Vermögenshaushalt vor.

Bürgermeister Dr. Strothmann erkundigte sich bei den Ausschussmitgliedern danach, ob es erforderlich sei, den Haushaltsplanentwurf seitenweise durchzugehen. Die Ratsmitglieder einigten sich darauf, dass dies nicht erforderlich sei. Zunächst solle über den Sammelnachweis 1 und die Anträge der Fraktionen beraten werden. Danach erfolgte die Beratung des Budgethaushaltes und im Anschluss daran die Beratung des Vermögenshaushaltes.

Beratung des Sammelnachweises 1:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Benennung und Beauftragung einer/eines hauptamtlichen Energie- und Klimaschutzbeauftragten in der Stadt Beckum vom 09.03.2008

Ratsmitglied Linnenmann verlas den von ihr mit Datum vom 09.03.2008 gestellten Antrag auf Benennung und Beauftragung einer/eines hauptamtlichen Energie- und Klimaschutzbeauftragten in der Stadt Beckum und begründete diesen nochmals.

Bürgermeister Dr. Strothmann verlas hierzu eine Stellungnahme des Fachdienstes 67, in der darauf hingewiesen wurde, dass die Tätigkeiten des kommunalen Energiemanagements in den Aufgabenbereich des Fachdienstes 65 fallen und dort auch bereits wahrgenommen werden. Zum Thema Energie in den städtischen Liegenschaften etc. wurde auch in Verbindung mit einem Antrag der FDP-Fraktion bereits im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 20.06.2007 ein Beschluss gefasst, um die Aktivitäten zur Energie- und Wassereinsparung und Umweltentlastung zu intensivieren.

Bürgermeister Dr. Strothmann schlug vor, zunächst ein aussagekräftiges Zielkonzept zur Energieberatung und zum Klimaschutz zu erstellen und dieses dann zu beraten. Im Kontext mit dem Zielkonzept sowie unter Hinweis auf die Personalkostensteigerung durch den neuen Tarifvertrag empfahl er, über die mögliche Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für eine hauptamtliche Kraft für Energie- und Klimaschutzberatungen zu entscheiden. Dies bedeutet, dass bis zu einer endgültigen Entscheidung die Aufgaben weiterhin mit vorhandenem Personal in den Fachdiensten wahrgenommen werden sollen.

Ratsmitglied Linnemann führte aus, dass Klimaschutzmaßnahmen unverzüglich angegangen werden müssen. Auch können durch die Ausführung von Energieeinsparungsmöglichkeiten letztlich wieder Kosten eingespart werden. Schließlich handele es sich bei dieser Angelegenheit um Arbeiten, die nicht durch vorhandenes Personal nebenher erledigt werden können.

Bürgermeister Dr. Strothmann erläuterte auf Anfrage des Ratsmitgliedes Koch, dass für die Beamten bereits im Haushaltsplanentwurf eine lineare Erhöhung von 2,9 % für die Zeit ab dem 01.07.2008 in Höhe von 150.000 € eingeplant war. Bei den tariflich Beschäftigten wurde aufgrund der Einigung der Tarifvertragsparteien der

Sockelbetrag von 50 € und eine Erhöhung um 3,1 % ab dem 01.01.2008 unter Berücksichtigung der Änderungslisten veranschlagt.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Koch erklärte Bürgermeister Dr. Strothmann, dass im Ergebnis ca. 570.000 € für die Tariferhöhung bei den tariflich Beschäftigten in den Haushalt eingestellt wurden.

Weiter erklärte Frau Urch-Sengen auf Nachfrage von Ratsmitglied Koch, dass 2008 nur wenige Beförderungen im Beamtenbereich in dem Sammelnachweis 1 eingeplant wurden. Außerdem seien die Stufensteigerungen im Bereich der tariflich Beschäftigten zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Knepper bat darum, eine Übersicht mit Erläuterungen zum Personalkostenetat der Niederschrift beizufügen (die Übersicht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt).

Ratsmitglied Knepper erklärte, die Kommune habe die Tarifsteigerungen nicht in der Hand. Er sprach sich nachdrücklich dafür aus, zur sachgerechten Aufgabenwahrnehmung, einen Personalkörper ohne Personalüberhänge zu bilden.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, dass die Personalausstattung regelmäßig kontrolliert werde und zurzeit sogar zu wenig Personal vorhanden sei. Dies würde auch durch die vielen Überstunden, die in einigen Bereichen entstanden sind, deutlich.

Ratsmitglied Koch stimmte den Ausführungen des Bürgermeisters zu. Die Tariferhöhungen seien gesetzliche Verpflichtungen und der politische Streit um den Sammelnachweis 1 müsse aufhören. Ob das optimale Ziel mit den Verhandlungen erreicht wurde, sei eine Sache der Bewertung. Außerdem erklärte er, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Klimaschutz bei der SPD durchaus auf Sympathien stoße. Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion in Kürze ebenfalls einen sehr umfassenden Antrag zum Thema Energiepolitik stellen werde.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Gehrke teilte Frau Urch-Sengen mit, dass es noch Stellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ im Haushalt gebe.

Ratsmitglied Wieschebrink erklärte, sie halte das Antragsbegehren grundsätzlich für sinnvoll, lehne aber eine Entscheidung zur Sache zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Ratsmitglied Knepper erläuterte, dass die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft ebenfalls bereits in das Thema einbezogen seien. Auch er lehnte mit Hinweis auf die ohnehin schon explodierenden Personalkosten zum jetzigen Zeitpunkt eine Stellenausweitung ab.

Ratsmitglied Stöppel schloss sich der Auffassung des Bürgermeisters an, zunächst ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln und anschließend über die Einrichtung einer neuen Planstelle zu entscheiden.

Beschlussvorschlag:

Für die Benennung und Beauftragung eines/einer hauptamtlichen Energie- und Klimaschutzbeauftragten in der Stadt Beckum wird 2008 eine zusätzliche Stelle im Stellenplan eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt 6 Ja 11 Nein 0 Enthaltungen

Ratsmitglied Koch fragte an, ob es nach der erfolgten Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen erforderlich sei, im Fachbereich 6 – Stadtplanung und Wirtschaftsförderung – die Stelle der Fachbereichsleitung zu besetzen. In beiden Fachdiensten des Fachbereichs 6 werde die Arbeit seiner Ansicht nach ohne nennenswerte Probleme erledigt.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, dass aufgrund der vielen wahrzunehmenden Aufgaben eine übermäßige Belastung in beiden Bereichen zu verzeichnen sei und deshalb die Leitungsstellen der Fachbereiche 5 und 6 unverzüglich besetzt werden sollen.

Beratungen des Budgethaushaltes:

Antrag der FWG-Fraktion zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung in Höhe von 3.000 € für das Frauenhaus Warendorf vom 16.03.2008

Ratsmitglied Stöppel begründete den Antrag der FWG-Fraktion damit, dass das Frauenhaus über zu wenig finanzielle Mittel verfüge, um das Personal ausreichend zu bezahlen. Im Ausschuss für Familie, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen am 27.02.2008 wurde das Antragsbegehren, das Frauenhaus zu unterstützen, abgelehnt. Diese Ablehnung sei seiner Ansicht nach falsch. Das Frauenhaus solle durch eine Spende in Höhe von 3.000 € unterstützt werden, auch deshalb, weil die Stadt Beckum als drittgrößte kreisangehörige Gemeinde hier ein deutliches Zeichen setzen könne. Schließlich werde die Einrichtung auch von Bürgerinnen aus Beckum genutzt.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte hierzu, das Land Nordrhein-Westfalen habe eine Fachstelle des Frauenhauses gestrichen. Das Frauenhaus möchte diese Stelle erhalten. Die Zuständigkeit liege hier nicht bei den Städten, sondern beim Land Nordrhein-Westfalen. Die Ausfallkosten des Landes Nordrhein-Westfalen können nicht durch die Stadt Beckum aufgefangen werden. Eine Beratung dieser Thematik müsse auch auf Kreisebene erfolgen.

Nach angeregter Diskussion sprachen sich Ratsmitglied Wieschebrink und Ratsmitglied Knepper dafür aus, dem Antragsbegehren nicht stattzugeben.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, den Frauen sei nicht damit gedient, dass sich keiner zuständig fühle und sprach sich für eine Zuschussgewährung aus.

Ratsmitglied Koch wies darauf hin, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen immer mehr aus der Finanzierung der Frauenhäuser zurückziehe, was aus seiner Sicht völlig inakzeptabel sei. Zudem sprach er sich dafür aus, vorrangig die Frauenberatungsstelle in Beckum finanziell zu unterstützen. Ansonsten sei hinsichtlich der Bezuschussung des Frauenhauses Warendorf eine kreisweite Unterstützung anzustreben.

Allerdings sei es für die SPD-Fraktion denkbar, ausnahmsweise einmalig in 2008 einen Zuschuss in Höhe von 3.000 € an das Frauenhaus Warendorf zu gewähren.

Beschlussvorschlag:

Das Frauenhaus Warendorf wird durch eine Spende in Höhe von 3.000 € im Budgethaushalt unterstützt. Die entsprechende Haushaltsstelle wird in dem Unterabschnitt 47000 eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt 8 Ja 9 Nein 0 Enthaltungen

Empfehlung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport vom 11.03.2008, die Zuschüsse zur Förderung der Jugendarbeit nach den Sportförderungsrichtlinien um 3.000 € zu erhöhen

Bürgermeister Dr. Strothmann teilte mit, dass über die Sparkassenstiftung für 2007 eine Spende in Höhe von 3.000 € geleistet wurde und dieses in gleicher Höhe auch bereits für das Jahr 2008 erfolgt sei.

Eine weitere Förderung von der Stadt Beckum sei nicht vorgesehen.

Ratsmitglied Koch vertrat die Auffassung, den Beschluss des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport nicht zu kippen, da seiner Ansicht nach für die Jugendförderung mehr getan werden müsse. Die Mittel in Höhe von 3.000 EUR seien über die Förderung der Sparkassenstiftung hinaus beantragt worden.

Ratsmitglied Stöppel führte aus, dass es Intention des Antrages war, die Förderung aus Mitteln des städtischen Haushalts zu finanzieren und nicht durch die Sparkassenstiftung.

Nach angeregter Diskussion sprach sich Ratsmitglied Knepper gegen den Antrag aus, da eine Doppelförderung seiner Ansicht nach selbst dem Antragsteller, Herrn Wewer, nicht bekannt war.

Beschlussvorschlag:

Der Empfehlung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses vom 11.03.2008, den Ansatz bei der Haushaltsstelle 1.55000.71720.999 um 3.000 € zu erhöhen, wird nicht entsprochen.

ungeändert beschlossen 9 Ja 8 Nein 0 Enthaltungen

Beratungen des Vermögenshaushaltes

Antrag der FWG-Fraktion die Maßnahme „Erneuerung des Hellweges“ im Etat 2008 aus dem Investitionsprogramm für die Jahre 2009 und 2010 zu streichen, vom 16.03.2008

Auf Anfrage von Ratsmitglied Stöppel erklärte Bürgermeister Dr. Strothmann, dass die Ausführung der Maßnahme „Erneuerung des Hellweges“ noch nicht abschließend geklärt sei.

Ratsmitglied Stöppel schlug für die FWG vor, die Position aus dem Vermögenshaushalt zu streichen.

Ratsmitglied Knepper schloss sich dem an.

Beschlussvorschlag:

Die Ansätze bei der Haushaltsstelle 2.78000.95016.999 für das Jahr 2009 in Höhe von 185.000 € und für das Jahr 2009 in Höhe von 375.000 € werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 17 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Antrag CDU-Fraktion, die Trainingswiese hinter dem Kunstrasenplatz in Roland wieder als Trainingsfeld herzurichten, vom 17.03.2008

Herr Knepper erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederherrichtung des Trainingsfeldes.

Auf Anfrage zur Höhe der voraussichtlichen Kosten teilte Herr Fernkorn vom Fachbereich 7 mit, dass ihm eine Kostenschätzung vorliege. Die Kosten würden sich in dem veranschlagten Rahmen von 35.000 € bewegen.

Ratsmitglied Wieschebrink hielt den Antrag der CDU-Fraktion für sinnvoll und sicherte die Unterstützung der FDP zu.

Ratsmitglied Stöppel befürwortete ebenfalls den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die vorhandene Wiese hinter dem Kunstrasenplatz in Roland wird als Trainingsfeld hergerichtet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 35.000 € werden im Vermögenshaushalt bei der Haushaltsstelle 2.56000.95315.999 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 17 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Im Anschluss erfolgte eine Diskussion über verschiedene Positionen des Vermögenshaushaltes.

Ratsmitglied Knepper bat darum, dass für den Heimat- und Geschichtsverein eine dingliche Absicherung für das Dormitorium im Grundbuch sichergestellt werden soll. Hierdurch soll dem Verein eine Nutzungsdauer von 20 Jahren eingeräumt werden. Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, dieses verfolgen zu wollen.

Ratsmitglied Koch stellte für die SPD-Fraktion den Antrag, 45.000 € für die Erneuerung des Hallenbodenbelages in der Turnhalle der Kardinal-von-Galenschule in Vellern im Verwaltungshaushalt vorzusehen.

Des Weiteren beantragte Ratsmitglied Himmel 3.000 € für die Anschaffung einer Tischtennisplatte für das Kopernikus-Gymnasium in den Vermögenshaushalt einzustellen.

Im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2008 war beschlossen worden, zur CO²-Verringerung private Energiepässe zu fördern und für diesen Zweck 5.000 € im Verwaltungshaushalt bereitzustellen. In der Sitzung erläuterte Ratsmitglied Pott die Intention des Antragsbegehrens.

Auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Strothmann wurde die Beratung und Entscheidung zu den vorgenannten Anträgen zunächst zurückgestellt.

Die Sitzung wurde um 14.05 Uhr unterbrochen

Um 14.24 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet.

Nach Ende der Sitzungsunterbrechung rief Bürgermeister Dr. Strothmann die Ausschussmitglieder dazu auf, über die zuvor gestellten Anträge abzustimmen.

Zunächst befasste sich der Ausschuss mit der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zur Verringerung der CO²-Belastung, private Energiepässe zu fördern und hierfür 5.000 € bereitzustellen.

Ratsmitglied Knepper und Ratsmitglied Linnemann stimmten diesem Vorschlag zu.

Beschlussvorschlag:

Die Förderung privater Energiepässe in Höhe von 5.000 EUR wird im Budgethaushalt bei der Haushaltsstelle 1.12000.71856.999 veranschlagt, wobei über die Freigabe des Ansatzes im Fachausschuss zu befinden ist.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 17 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Antrag der SPD Fraktion auf Beschaffung einer Tischtennisplatte in Höhe von 3.000 € für das Kopernikus-Gymnasium

Beschlussvorschlag:

Bei der Haushaltsstelle 2.23002.93500.999 wird für die Beschaffung einer Tischtennisplatte für das Kopernikus-Gymnasium der Ansatz in Höhe von 35.350 € um 3.000 € auf 38.350 € erhöht.

Abstimmungsergebnis

abgelehnt: 6 Ja 11 Nein

Antrag der SPD-Fraktion, den Fußboden der Turnhalle der Kardinal-von-Galen-Schule zu erneuern

Herr Meier vom Fachdienst 65 teilte auf Anfrage mit, dass nach dem jetzigen Zustand der Turnhallenboden keine konkrete Unfallgefahr darstelle und deshalb nicht zwingend Mittel im Haushalt bereitgestellt wurden. Die Kosten für die Erneuerung des Hallenbodens würden sich auf 45.000 € belaufen. Der vorhandene Parkettboden könne nicht mehr abgeschliffen werden, sondern müsse zu gegebener Zeit vollständig erneuert werden.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Stöppel erklärte Frau Cappenberg für den Fachbereich 4, dass ein Prioritäten- und Maßnahmenkatalog hinsichtlich der im Sportbereich durchzuführenden Maßnahmen vorliege. Durch Wettereinflüsse etc. können sich diese Prioritäten jederzeit ändern. Frau Cappenberg teilte mit, dass die Erneuerung des Turnhallenbodens bislang nicht in die Prioritäten- und Maßnahmenliste aufgenommen wurde. Der Fußboden habe zwar kleine Löcher aufgewiesen, die bislang stets von der Hausmeisterin der Kardinal-von-Galen-Schule fachgerecht ausgebessert wurden.

Ratsmitglied Gehrke sprach sich gegen die Bereitstellung der Mittel zur Erneuerung des Turnhallenbodens im Jahr 2008 aus.

Beschlussvorschlag:

Der Turnhallenboden der Kardinal-von-Galen-Schule wird erneuert. Hierfür werden im Budgethaushalt bei der Haushaltsstelle 1.21010.50012.999 zusätzlich 45.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt 6 Ja 11 Nein 0 Enthaltungen

Ratsmitglied Knepper erklärte, dass er für die CDU-Fraktion dem Entwurf des Haushaltsplanes in der vorliegenden Form zustimmen werde. Durch die mögliche Entschuldung in Höhe von 2 Mio. € und aufgrund der beachtlichen Höhe der vorgesehenen Investitionen, stelle der Haushalt 2008 einen kreisweiten Vorzeigehaushalt dar.

Ratsmitglied Koch vertrat die Auffassung, dass die Investitionsrate nur aufgrund der hohen Einnahmen zu verzeichnen sei. Die Zustimmung werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die SPD-Fraktion nicht erteilt, da noch eine abschließende Meinungsbildung in der Fraktion erfolgen solle.

Ratsmitglied Stöppel machte deutlich, dass die FWG-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde, da die Parameter deutlich positiv gestellt seien. Allerdings hätte er sich eine deutlich geringere Kreditaufnahme gewünscht.

Ratsmitglied Linnemann konnte dem Haushaltsplan für das Bündnis 90/Die Grünen noch nicht zustimmen und erklärte, dass zunächst noch abschließende Beratungen in der Fraktion erfolgen sollen.

Ratsmitglied Wieschebrink führte an, der Haushalt sei auf einem guten Weg und gab für die FDP-Fraktion ihre Zustimmung.

Ratsmitglied Koch wies darauf hin, dass dem Haushaltsplan nicht alle Wirtschaftspläne beigefügt wurden.

(Anmerkung der Schriftführerin:

Nach § 2 Absatz 2 Nr. 7 und 8 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sind dem Haushaltsplan beizufügen:

7. die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,

8. die Jahresabschlüsse, Lageberichte und Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung für die Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist.)

Zum Ausgleich der beschlossenen Veränderungen werden folgende Ansatzkorrekturen vorgenommen.

Haushaltsstelle 1.91000.28010.999 – Zuführung Schulpauschale vom Vermögenshaushalt –
Ansatzreduzierung um 3.000 € auf 558.200 €

Haushaltsstelle 2.91000.31000.999 – Entnahme aus der allgemeinen Rücklage –
Ansatzreduzierung um 3.000 € auf 1.774.550 €

Haushaltsstelle 2.91000.90010.999 – Zuführung Schulpauschale an Verwaltungshaushalt
Ansatzreduzierung um 3.000 € auf 558.200 €

Haushaltsstelle 2.91000.37600.999 – Kreditaufnahmen vom Kreditmarkt ohne Umschuldungen –
Ansatzreduzierung 2009 um 185.000 € auf 2.342.550 €
Ansatzreduzierung 2010 um 375.000 € auf 963.650 €

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, notwendige Korrekturen aufgrund von etwaigen Rechenfehlern bei der Aufstellung des endgültigen Etats 2008 zu berücksichtigen.

Die nachfolgende Haushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen und das Investitionsprogramm 2007 – 2011 werden dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen. Der Finanzplan 2007 – 2011 wird dem Rat zur Kenntnisnahme empfohlen.

Haushaltssatzung
der
Stadt Beckum
für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	75.007.200 €
in der Ausgabe auf	75.007.200 €

im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	21.701.650 €
in der Ausgabe auf	21.701.650 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 937.800 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 4.875.650 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 7.500.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 vom Hundert
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 vom Hundert
2.	Gewerbsteuer auf	403 vom Hundert

§ 6

entfällt

§ 7

1. Die im Stellenplan bei der Gesamtzahl der Planstellen einzelner Besoldungs- und Vergütungsgruppen angebrachten Vermerke "k.w." und "k.u." lösen nachstehende Rechtsfolgen aus:

k.w. = künftig wegfallend nach Freiwerden der Stelle

- k.u. = die Planstelle ist nach Freiwerden in die jeweils in Verbindung mit dem k.u.-Vermerk ausgewiesene Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.
2. Beamtinnen und Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.
 3. Im Stellenplan können für Beamtinnen und Beamte, die nach § 85 a Abs. 1 Nr. 2 Beamten-gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG) beurlaubt sind, Leerstellen eingerichtet werden, soweit für eine Neubesetzung der Planstellen ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Entsprechendes gilt für Beurlaubungen von Beamtinnen und Beamten gemäß § 78 e LBG und die Elternzeit gemäß § 86 Abs. 2 LBG in Verbindung mit der Elternzeitverordnung. Gleiches gilt auch für Leerstellen im Bereich der tariflich Beschäftigten in vergleichbaren Fällen sowie in Fällen einer Zuweisung nach § 12 Absatz 2 Bundes-Angestellentarifvertrag beziehungsweise vergleichbaren oder ähnlich gelagerten Fällen nach dem aktuellen Tarifrecht.

Finanzplan und Investitionsprogramm

der Stadt Beckum

für die Jahre 2007 - 2011

Aufgrund des Artikels 1 § 9 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Beckum am

1. das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 - 2011 als Richtlinie für die Finanzplanung beschlossen.
Das Investitionsprogramm wird mit folgender Gesamtsumme festgesetzt:

Gesamt-Investitionsausgaben	49.663.400 €
------------------------------------	---------------------

davon

Haushaltsjahr 2007	10.455.600 €
Haushaltsjahr 2008	13.734.300 €
Haushaltsjahr 2009	8.953.450 €
Haushaltsjahr 2010	10.075.950 €
Haushaltsjahr 2011	6.444.100 €

2. den Finanzplan für die Jahre 2007 - 2011 zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 6

5. Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 18.04.2008

gez.
(Dr. Karl-Uwe Strothmann)
Vorsitz

Beckum, den 17.04.2008

gez.
(Karsten Vehrenkemper)
Schriftführung

Beckum, den 17.04.2008

gez.
(Sandra Krogbeumker)
Schriftführung zu
Tagesordnungspunkt 4.
öffentlicher Teil